

Dresdner Volkszeitung

Redaktionssitz: Dresden,
Grauer & Comp., Str. 1268.

Redaktionssitz:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Organ für das werktätige Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Beigabeblatt einjedochiges Beigabeblatt mit den wichtigsten Ver-
merken „Nach der Ansatz“ und „Gott und sein“ für einen halben
Dollar 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Postamt-Adressat: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wallnerplatz 10, Telefon 25 261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Geldhäusle: Wallnerplatz 10, Telefon 25 261.
Geschäftsstelle: Wallnerplatz 10, Telefon 25 261.

Abonnementpreis: Briefmarken: die 20 mm breite Kompareteilgele
30 Goldpf., die 30 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für aus
wärtige Kunden 25 und 200 Goldpf. Familienabonnement, Stellen
u. Werbezettel 40 Goldpf. Kavall. für Briefwiederholung 10 Goldpf.

Nr. 220

Dresden, Freitag den 19. September 1924

35. Jahrg.

Eintritt in den Völkerbund?

Die politische Diskussion der letzten Tage über die Unterhaltung zwischen Lord Parmoor und Stresemann scheint sich nun doch noch zum Guten wenden zu sollen. Klarheit ist leider über den Inhalt der im Hause Parmoors geführten Gespräche bis jetzt nicht geschafft worden. Aber man empfand in der Willenskraft trotz den fortgesetzten offiziellen Demands doch sehr stark, daß die Reichsregierung gegenüber dem Auslande etwas gutzumachen hat, und selbst im Auswärtigen Amt soll man sich endlich auch darauf befreit haben, daß es noch so etwas gibt wie eine Weltmeinung. Kein Zweifel: diese Weltmeinung, sowohl sie maßgebend ist, sieht augenblicklich wieder einmal gegen Deutschland. Um Anteile unseres Landes muß dieser Zustand werden, und es ist anerkennenswert, wenn maßgebende Kreise der Reichsregierung jetzt bereit sind, mit allen Mitteln in diesem Sinne zu wirken. Als eine Möglichkeit wird der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betrachtet. Von einer sehr gut unterrichteten amtlichen Stelle wird uns das mit der Sicherstellung bestätigt, daß die Stimmliste für eine sofortige Mitgliedschaft in der Völkerbundskette in den letzten Tagen sehr stark gewachsen ist. Der Berliner Korrespondent des Daily Telegraph hatte also nicht irrtümlich, wenn er in einem Telegramm am frühen Morgen die Möglichkeit der Einführung eines deutschen Antrags auf Eintritt in den Völkerbund in Aussicht stellte. Dann das Drama des Reichsauswaftminister. Die Zeit, die Heilung trocken als „Kombination“ bezeichnet, so verwirrt uns das gar nicht, denn diese Art der Preßpolitik liegt in der Richtung der von ihrem geistigen Protagonist in den letzten Wochen auseinander gehenden, was den anationalen unangenehm ist, solange es geht. Vielleicht aber spricht die Zeit auch von einer Kombination, weil er Außenminister persönlich immer noch nicht zurückgestromt ist. Aber richtig bleibt auch ohnedem, in anderen wachsenden Kreisen der Reichsregierung der ernsthafte Wille vorhanden ist, gerade infolge der bekannten Ereignisse durch einen Antrag auf Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in bedingter Form die Atmosphäre zu bessern und die Dementes Katastrophe verhindern zu wollen.

So dünkt also, wenn alles gut geht, Herr Stresemann durch seine Rede vor den Journalisten gegen den sofortigen Eintritt in der Wirkung das Gegenteil erreicht haben. Zum ersten Mal ein, dann könnte der politischen Debatte mit den letzten Tagen ohne weiteres ein Ende gemacht werden, während wir sie ohnedem nicht als abgeschlossen betrachten können.

Es kommt natürlich im Eventualfall hauptsächlich darauf an, in welche Form ein bedingter Antrag der Reichsregierung gestellt wird. Die Form ist in diesem Falle das Wesentliche, weil Deutschland an seinem Eintritt eine Vorwegnahme trüppen muss, und zwar die der gleichzeitigen Zulassung zum Völkerbund. Dieser Rat erledigt die eigentlichen Arbeiten des Völkerbundes, er bestätigt die Regie der jährlichen Völkerkongregation vor und nimmt eine Beteiligung an ihm wird Deutschland nur schwer in der Lage sein, wirtschaftlich für die Interessen seines Landes Sorge zu tragen. Wenn nicht alle Anzüglichkeiten darüber überwunden innerhalb des Völkerbundes bereits eine konzentrierte Meinung darüber, daß Deutschland mit der Aufnahme in den Völkerbund auch einen Ratschluß erhält. Dennoch, von vorherhin in der Formulierung des deutschen Antrages Bedeutung getragen werden.

Eine andre Voraussetzung als die auf Zulassung zum Völkerbund hat wir nicht für gegeben. Insbesondere brauchen wir als ein Ding, sich in einem Antrage auch der Völkerbundfrage zu beschaffen und ausdrücklich zu erklären, daß Deutschtum nicht bereit ist, für den Frieden ein neues Vertragswerk abzulegen. Ein Mensch hat ein detailliertes Bekenntnis verlangt. Es ist jedoch überflüssig, diese Frage überhaupt aufzutragen. Infolge der Forderung eines sofortigen Eintritts, daß die Mitgliedschaft gleichbedeutend sei mit einer nochmaligen Aufforderung des Völkerbundes und insbesondere einer Verpflichtung des seitens der Völkerbundes. Auch kann die Lösung nicht zu sein. Die Aufnahmedokumente des Völkerbundes werden nicht von dem Versammlungsrat sondern werden höchstens eine Anerkennung der internationalen Gesetzlichkeiten als Voraussetzung der Anerkennung. Wie wir -- erkennen wir an, um die internationale Verpflichtungen sind nicht nur mit dem Friedensschluß, sondern wieder von dem Friedensschluß ausgerichtet worden, und zwar zuletzt von Herrn Stresemann im Vorden. Die Erklärungspolitik, zu der wir der Reichsregierung nach der deutsche Industrie und insbesondere, in ebenfalls nichts anderes als eine Anerkennung der Verpflichtungen, die das im Kriege geschlossene Eintrittsverträge eingehen müssen und unter dem hatten.

Ein deutscher Antrag, der in zurückhaltender Form steht und mit mir auf das Rohe, indigote äußert, ohne daß mir dabei etwas vergeben, muß vom Völkerbund mit großer Weisheit angenommen werden. Mit der Anerkennung zweigt Deutschland die Delegierung in Rom zu einer bestimmten Handelskette seines Antrages. Diese Handhabung kann aber nur im günstigsten Falle verhindern, wenn die Versuche der Deutschen Nationalen, deutsche Außenpolitik zu beeinflussen, endlich unterst-

sichtigt bleiben, nicht innerpolitische Momente maßgebend sind und nur die Verantwortung den Ausschlag gibt. Wird der gegenwärtige Eindruck erweckt und in Genf bzw. im Auslande die Auffassung hervergerufen, daß deutsche Voraussetzungen mit Rücksicht auf die deutschnationalen Bankrotteure in dem Antrag um Aufnahme formuliert worden sind, dann wird die Lage Deutschlands nicht gebessert, sondern verschärft — und dann ist es noch zweifelhaft, ob wir mit unserem Antrag Erfolg erzielen. Erfolge aber brauchen wir, Erfolge braucht die Republik — und deshalb lädt endlich die Vernunft wahrhaft in, sieht augenblicklich wieder einmal gegen Deutschland. Um Anteile unseres Landes muß dieser Zustand werden, und es ist anerkennenswert, wenn maßgebende Kreise der Reichsregierung jetzt bereit sind, mit allen Mitteln in diesem Sinne zu wirken. Als eine Möglichkeit wird der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betrachtet. Von einer sehr gut unterrichteten amtlichen Stelle wird uns das mit der Sicherstellung bestätigt, daß die Stimmliste für eine sofortige Mitgliedschaft in der Völkerbundskette in den letzten Tagen sehr stark gewachsen ist. Der Berliner Korrespondent des Daily Telegraph hatte also nicht irrtümlich, wenn er in einem Telegramm am frühen Morgen die Möglichkeit der Einführung eines deutschen Antrags auf Eintritt in den Völkerbund in Aussicht stellte. Dann das Drama des Reichsauswaftminister. Die Zeit, die Heilung trocken als „Kombination“ bezeichnet, so verwirrt uns das gar nicht, denn diese Art der Preßpolitik liegt in der Richtung der von ihrem geistigen Protagonist in den letzten Wochen auseinander gehenden, was den anationalen unangenehm ist, solange es geht. Vielleicht aber spricht die Zeit auch von einer Kombination, weil er Außenminister persönlich immer noch nicht zurückgestromt ist. Aber richtig bleibt auch ohnedem, in anderen wachsenden Kreisen der Reichsregierung der ernsthafte Wille vorhanden ist, gerade infolge der bekannten Ereignisse durch einen Antrag auf Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in bedingter Form die Atmosphäre zu bessern und die Dementes Katastrophe verhindern zu wollen.

Deutschland schädigt sich in der Kontrollfrage

Sch. Genf, 18. September. (Sig. Drath) Die Völkerbundskommision für militärische Angelegenheiten hatte einen Plan in Aussicht genommen, der die Schaffung eines militärischen Kontrollorgans des Völkerbundes für Bulgarien, Österreich-Ungarn und Deutschland vorsieht. Es besteht die Möglichkeit, die Kontrolle Deutschlands schon jetzt dem Völkerbund zu übertragen, wenn Deutschland im Völkerbund wär. Wegen der sonderbaren Haltung der deutschen Regierung hat man den Plan jedoch aufgegeben. Es bleibt deshalb das Ergebnis der jüngst vereinbarten Kontrolle abzuwarten, ehe die Völkerbundskontrolle kommt. Eine entsprechende Entscheidung wird dem Rat in der nächsten Sitzung vorgelegt werden.

Der Schiedsgerichtspakt

Sch. Genf, 18. September. (Sig. Drath)

Zur von dem französischen Außenminister Venizelos im Auftrag der Völkerbundskommision ausgearbeitete Vorschlag eines Pakts zur gegenseitigen Friedenssicherung ist zur Zeit noch Gegenstand der internen Beratungen. Der Vortrag dieses Dokumentes, der in einzelnen noch Abänderungen erfordert wird, ist jedoch bereits beendet.

Um einen dauerhaften Frieden in der Welt zu gewährleisten und die Sicherheit der Völker, deren Existenzfreiheit oder Weibes bedroht werden könnte, sowie in dem Wunsche, ein System aufzustellen, das die friedliche Lösung aller Konflikte gesetzesmäßig zwischen den Mitgliedern des internationalen Gemeinschaftsstaates und der Unterdrückung eventueller internationaler Verbündeter sowie ferner in dem Einschlus, die die Herauslösung und Verstärkung der Müttern, wie sie im Artikel 8 des Völkerbundpaktes vorgesehen ist, zu verwirklichen, erläuterte die Vertreter der unterschriebenen Staaten, folgende Bestimmungen annehmen zu wollen...

In dem man folgenden 11 Artikeln ist folgendes niedergelegt: Erst Artikel 1 spricht die Verpflichtung zur obrigkeitlichen Schiedsgerichtsbarkeit des künftigen internationalen Gerichtshofs aus.

Die Unterzeichner versichern sich, alle Konflikte, für die ein

Schiedsgerichtshof nicht vorgesehen ist, vor den Rat des Völkerbundes zu bringen und in den Artikeln 12, 13 und 15 des Völkerbundes durchzuführen. Der Artikel 12 sagt, daß die Mitglieder ihre Streitfälle, die zum Bruch führen könnten, dem Schiedsgerichtsverfahren oder einer Untersuchung durch den Rat zu unterwerfen haben und in einem Falle vor Ablauf einer Frist von drei Monaten nach Fällung des Schiedsgerichtsverfahrens oder Erteilung des Urteils des Rates zum Urteil zu schicken. So ist der Rat als Schiedsgerichtshof nicht, entscheidet er mit einfacher Einmehrheit. Die inter-estierten Parteien haben das Recht, in ihrer Angelegenheit im Rat zu sitzen.

Der Völkerbundrat: Soll während der Untersuchung des Streitfalles den Parteien alle Maßnahmen vorzuschreiben, um einen bewaffneten Konflikt aufzuhalten. Ein solches unmittelbar drohender Gefahr kann der Rat die Parteien verpflichten, Maßnahmen dagegen zu ergreifen, daß der Konflikt sich verzögert oder weiter entwickele.

Artikel 4 lautet: Am die Durchführung der provisorischen Maßnahmen, die zum Frieden haben, einen Konflikt zu verhindern, und um die endgültige Anerkennung des Angriffes möglich zu machen, kann der Rat oder der zuständige Gerichtshof aus eigener Initiative oder auch auf Verlangen einer Partei sofort bei Beginn des Verfahrens oder auch in jedem andern Augenblick in einer nationalen Kontrollkommission einsetzen, deren Aufgabe darin besteht, sich zu beweisen, daß während der ganzen Dauer des Verfahrens keine der Parteien Verbrechen eines militärischen oder militärischen Mobilisations vornehmen. Diese Kommissionen werden von Vornherein durch den Völkerbundrat bestellt, der auch die Tagordnung aufstellt. Sie sollen aus militärischen und bürgerlichen Sachverständigen bestehen, die nach Güte ernannt werden, die von den verschiedensten Regionen aufgestellt werden. Sie müssen wenigstens einen oder beiden, nachdem die zuständige Gerichtsbarkeit die Kontrollpakt einer Kontrolle befreit hat, am Letzten Sitzung teilnehmen.

Artikel 5 lautet: Jeder Staat, der seine Streitungen nicht dem hier vorwiegend friedlichen Verfahren unterwarf, kann den Rat, der sich nicht sofort den in Artikel 2 vorgesehenen provisorischen Maßnahmen ansetzt, jeder Staat, der die Unterherrschaft des aufständischen Schiedsgerichtsorgans nicht hinnehmen darf, im Schiedsgericht oder auf Verlangen einer Partei sofort bei Beginn des Verfahrens oder auch in jedem andern Augenblick in einer nationalen Kontrollkommission einsetzen, deren Aufgabe darin besteht, sich zu beweisen, daß während der ganzen Dauer des Verfahrens keine der Parteien Verbrechen eines militärischen oder militärischen Mobilisations vornehmen. Diese Kommissionen werden von Vornherein durch den Völkerbundrat bestellt, der auch die Tagordnung aufstellt. Sie sollen aus militärischen und bürgerlichen Sachverständigen bestehen, die nach Güte ernannt werden, die von den verschiedensten Regionen aufgestellt werden. Sie müssen wenigstens einen oder beiden, nachdem die zuständige Gerichtsbarkeit die Kontrollpakt einer Kontrolle befreit hat, am Letzten Sitzung teilnehmen.

Die Staaten sollen vertretungsmäßig entmilitarisierte Zonen schaffen, weil diese geeignet seien, Angriffe zu verhindern. Die bestehenden oder noch zu schaffenden entmilitarisierten Zonen sollen auf Vorrang einen andern Zweck einer vom Völkerbund organisierten Kontrolle unterworfen werden.

Sobald die Unabhängigkeitserklärung des Angriffers bestanden ist, werden Sanctionen gegen diesen erlassen. In diesen Sanctionen hat jedes Mitglied des Völkerbundes einzurichten.

Die Unterzeichner versichern sich, alle Konflikte, für die ein

Der sinkende Stern Mussolinis

Von Dalmio Cornevali, Rom

Die Ermordung des faschistischen Abgeordneten Gasalini erinnert uns an jene alte politische Traditionen, die man seinerzeit unter dem Namen und dem Vorwand des individuellen Anarchismus beginnen kann, aber in diesem Augenblick nicht vergeßen werden darf, die Zothode, daß die Theorie der persönlichen Gewalt, die Gräffation und Androhung der Gewalt, die Tötung lediglich von Seiten der heute herrschenden faschistischen Partei angenommen werden ist. Das Schicksal Italiens in den Händen Gewalttäglicher und Verbrecher aufzugeben, die in das öffentliche Leben Italiens den Zothod politischer Gewalttäten eingeführt haben. Gewalttätigkeit und Rachegefühle beherrschen die Geister, die Haltung, die Reden und die Propaganda der faschistischen Führer.

Das antifaschistische Nachrichtenbüro, die Agenzia Stefani, hat sich natürlich beeilt, in Italien und im Auslande zu verbreiten, der Mörder des Abgeordneten Gasalini sei eingeschriebenes Mitglied der kommunistischen Partei. Es hat sich aber jetzt als ganz sicher herausgestellt, daß der Arbeiter Corvi ein geistig minderwertiger Mensch, ein Monomane und Alkoholiker ohne jede parteipolitische Zugehörigkeit ist. Es ist nicht, daß der Faschismus aus diesem neuen Delikt, es ist ein mutig und ohne jeden Vorbehalt von allen Oppositionsparteien verurteilt wird, Rügen für sich zu ziehen sucht. Die faschistische Presse betrachtet, obgleich sie zugibt, daß der Mörder aus persönlichen Beweggründen handelte, die Mord Gasalinis als das Ergebnis der Kommentare, die von der Opposition dem Mörder Matteotti gewidmet wurden.

Die beiden faschistischen Zeitungen, die unter dem persönlichen Einfluß Mussolinis stehen, die „Idea Nazionale“ und der „Impero“, veröffentlichen wahre Aufreizungen zu neuen verbrecherischen Gewalttaten. Aber die öffentliche Meinung in Italien verlangt in ihrer überzeugenden Mehrheit von der Regierung eine Entwaffnung der Gewalt und eine Politik umfassender innerer Verfriedung.

An amtlichen Kreisen versteht man, daß die Regierung sehr energische Verordnungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung um jeden Preis an die Behörden weiter-

gegeben hat, aber nach den bisherigen Erfahrungen steht die öffentliche Meinung in Italien diesen Maßnahmen sehr skeptisch gegenüber. In Italien gibt es zu viel bewaffnete Privatpersonen; es sind viele faschistische, die jeden Augenblick bereit sind, sich ihrer Waffen zu bedienen, um Terror und Rache und Trutzmaßnahmen gegen andre auszufüllen. (Siehe die Gewalttaten gegen das sozialistische Blatt „Giu-
stizia in Molandia“!) Es genügt nicht, Wachtürme zu stellen, sondern man muß auch in der Tat die Entwicklung der faschistischen Verbände in die Hand nehmen.

Angesichts dieser Situation hat Mussolini bisher noch immer die härtesten Tropen gegen die Oppositionsparteien ausgetragen, zu gleicher Zeit aber Versprechen für die innere Befriedung des Landes losgelassen. Bis her jedoch hat das Haupt des Faschismus und der gleichzeitige Leiter der Regierung tatsächlich noch keinen festen Entschluß über das außerst bedeutsame und dringende Problem der Entwaffnung fassen können. Die öffentliche Meinung, die sich über alle Parteidrogen hinaus gebildet hat und die überwiegende Mehrheit des Volkes darstellt, hat den bestimmten Eindruck, daß die Regierung Mussolini nicht geeignet sein wird, die heilsame Epoche der Ordnung und der Gewaltstaten aus eigener Kraft zu beschließen.

Die Tropur mit einer „zweiten Hochflut“ des Faschismus, die die letzte Rette der Opposition vernichten soll, und zu gleicher Zeit das Angebot inneren Ausgleichs sind kleine Lebemannschaften, mit denen die Regierung sich aufrecht zu halten gedenkt. Der Faschismus hat sich in eine detartige Sodasse festgezogen, daß es ihm weber möglich sein wird, wieder normaler Verhältnisse im Lande einzuführen, noch seine berühmte „zweite Hochflut“ im Scen zu legen. Das alles hängt nicht mehr von den Führern des Faschismus ab, da der Faschismus nicht mehr die Initiative zu einer politischen Aktion besitzt, die heute ausschließlich in den Händen der Opposition liegt. Der Faschismus ist unweigerlich dazu verdammt, sich von selbst und von innen herab zu verzehren und zu erschöpfen. Vor seiner endgültigen Epoche aber wird er noch versucht, diese Erstickungen erleben und noch manches Unheil anzurichten.